



## **Beschluss der 31.Landesmitgliederversammlung (LMV) in Wunsiedel vom 19. bis 21. Oktober 2012**

### **Chancen auch für jugendliche Asylbewerber\*innen**

Ein nicht unerheblicher Teil der Flüchtlinge die Woche für Woche in den Freistaat kommen, um Asyl zu beantragen, sind Kinder oder Jugendliche. In der Praxis werden diese in begleitete und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unterteilt.

Diese Trennung sorgt effektiv zu einer unterschiedlichen Behandlung von jungen Flüchtlingen. Derzeit werden die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, im folgenden UMFs, von der Bundespolizei den für den Aufgriffsort zuständigen Jugendämtern übergeben, welche dann für die Unterkunft und auch die Umsetzung der Schulpflicht verantwortlich sind. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass die bayerischen Jugendämter für die Umsetzung der Schulpflicht und das Wohlergehen aller minderjähriger Flüchtlinge zuständig sind.

Da derzeit kein zufrieden stellendes Verfahren zur Altersfeststellung von Flüchtlingen existiert, wenn diese keine Ausweisdokumente mit sich tragen, soll nur bei starken Zweifeln an den Angaben der Flüchtlinge ein Verfahren zur Altersbestimmung eingeleitet werden.

Das Alter soll durch ein unabhängiges Gericht bestimmt werden, wobei immer vom spätest möglichen Geburtstermin ausgegangen werden muss, dass keine Nachteile für die Flüchtlingen entstehen.

Da minderjährige Flüchtlinge oft nicht auf eigene Verantwortung die Flucht antreten, und keinem Menschen eine böswillige Absicht unterstellt werden kann, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern weiter, dass Flüchtlingen unter 21 mit ihrem Übertreten der deutschen Grenze eine sofortige und unbefristete Aufenthaltsgenehmigung ausgesprochen wird. Weiter sind, wenn gewünscht die Hürden für eine Einbürgerung schnellst möglich zu beseitigen.

Insbesondere, um die frühe Kriminalisierung von Menschen zu verhindern. Eine Flucht führt oft zu Straftaten, wie beispielsweise der Missachtung von menschenverachtenden Regelungen wie der Residenzpflicht. Junge Flüchtlinge für ihre aus der Flucht resultierenden Straftaten verantwortlich zu machen, lehnen wir ab.

Zusätzlich ruft die GRÜNE JUGEND Bayern die bayerische Staatsregierung auf, den Menschenrechten und der UN Kinderrechtskonvention endlich die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen und sämtliche Versäumnisse in der Flüchtlingspolitik die sich darauf beziehen sofort nachzuholen.

Begründung: Weiter fordert die GRÜNE JUGEND Bayern einen Zwangsaufenthalt der derzeitigen Bayerischen Staatsregierung in einem Flüchtlingslager unter realistischen Bedingungen und unter Wirkung der Residenzpflicht, zur Buße für ihre Unmenschlichkeit. Danach sollen sie von Frontex übers Mittelmeer transportiert werden.